



Brandenburgs Justizministerin Beate Blechinger (rechts, CDU) und der CDU-Landtagskandidat Henryk Wichmann plauderten gestern mit Karin Claus über allerlei sozialpolitische Themen. Foto: Risiken

## Ministerin fordert mehr Wertschätzung

Im Mehrgenerationenhaus „Bienenstock“ über allerlei Themen diskutiert

**ZEHDENICK (ris)** • Über allerlei sozialpolitische Themen haben gestern Nachmittag die Projektmanagerin des Mehrgenerationenhauses „Bienenstock“, Karin Claus, und Brandenburgs Justizministerium Beate Blechinger (CDU) fast anderthalb Stunden lang diskutiert. Blechinger unterstützte mit ihrem Besuch in Zehdenick, der sie anschließend noch ins AWO-Seniorenzentrum „Havelpark“ führte, den Wahlkampf der CDU-Kandidaten Henryk

Wichmann und Uwe Feiler. Unter anderem kamen sie dabei auch auf das Thema Hartz IV zu sprechen, das schließlich auch die Mitarbeiter des MGH seit der Einführung von Hartz IV Anfang 2005 sehr beschäftigt. „Die Leistungen des Staates müssen mehr wertgeschätzt werden“, sagte Blechinger. Künftig sollte die staatliche Unterstützung nicht mehr nur überwiesen werden, sondern den Leistungsbezieher sollte mehr Hilfe zur Selbsthilfe ge-

geben werden. Es sei doch bedenklich, dass der Regelsatz für ein Kind bei Hartz IV 200 Euro betrage, aber das Kindergeld nur etwa 150 Euro ausmache, rechnete die Ministerin vor, warum sich Arbeit manchmal kaum noch lohne, erst recht nicht bei den vielen niedrigen Einkommen in Brandenburg.

„Da läuft einiges schief in unserem Staat“, pflichtete auch Henryk Wichmann, der CDU-Landtagskandidat, der Ministerin bei, die sich an-

schließend bei einem Rundgang über das breit gefächerte Angebot des MGH informierte. Blechinger betonte, wie wichtig es sei, Angebote über alle Generationen hinweg unter einem Dach anzubieten. Stärker als bisher aber müssten sich alle Institutionen im Brandenburg, zu denen sie auch die Mehrgenerationenhäuser zähle, stärker untereinander vernetzen, um die zunehmende Verwahrlosung unter Jugendlichen zu stoppen.